

**Erfolgreicher Nachbar:** Die Bundesrepublik schaut nach Norden. Gern werden die skandinavischen Länder als Vorbild genannt. Sie vereinen relativ niedrige Arbeitslosenraten mit einem stark ausgebauten Wohlfahrtsstaat. Die Schweiz geht einen anderen Weg. Auch sie boomt. Das zeigt die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften aus Deutschland.

Die Schweiz wirkt wie ein Magnet: Allein im Jahr 2005 wanderten mehr als 20 000 Deutsche in das kleine Land ein. Täglich pendeln 30 000 Badener über die Grenze, um dort zu arbeiten. In weltweiten Attraktivitätsvergleichen rangiert die Schweiz stets weit oben. Was zeichnet den Nachbar aus? Andrea Drescher, Franz Schmider und Bernd Kramer sprachen mit Dr. Bernhard Ruetz (Liberales Institut, Zürich), Professor Klaus Armingeon (Uni Bern) und Professor Oliver Landmann (Uni Freiburg) über die unbekannte Eidgenossenschaft.

**BZ:** Die Deutschen strömen in die Schweiz. Lockt das Paradies?

**Armingeon:** Es ist keinesfalls so, dass die Ausländer die Schweiz gerade neu entdecken. In das Land wandern seit beinahe 100 Jahren Arbeitnehmer ein. Ein Viertel aller Erwerbstätigen sind Ausländer – das schon seit geraumer Zeit. Das führt zu kritischen Stimmen gegenüber Ausländern. So hat eine große Schweizer Boulevardzeitung jüngst negativ über Deutsche berichtet und damit teilweise Zustimmung gefunden. Das ist nicht ungewöhnlich:



**Dr. Bernhard Ruetz** ist Schweizer und lebt in Zürich. Er ist verantwortlich für die Strategie und Planung des Liberalen Instituts. FOTOS: LUCIA RECK

Gerade Länder, die international so offen sind wie die Schweiz, haben große Identitätsprobleme. Ich nenne das die Betriebskosten der Weltmarktöffnung. Andererseits sind die Offenheit und die Flexibilität Teile des Erfolgsrezepts.

**Ruetz:** Die Schweiz hat attraktive Standortbedingungen: Der Arbeitsmarkt ist flexibler und offener, es besteht kein Kündigungsschutz wie in der Bundesrepublik. Die multinationalen Konzerne, deren Sitz sich in der Schweiz befindet, haben einen Ausländeranteil von 30 bis 40 Prozent. Die gute Bezahlung lockt.

**Landmann:** Die Struktur der Einwanderung hat sich seit dem Abschluss der Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union 2004 geändert. Wegen der Verträge ist es gerade für gut ausgebildete Deutsche einfacher, in die Schweiz zu kommen. Sie arbeiten vornehmlich in Wachstumsbranchen wie dem Bankensektor oder dem Gesundheitswesen. War Einwanderung einst eher eine Wachstumsbremse, bedeutet sie heute einen Wachstumsschub für die Schweizer Volkswirtschaft.

**BZ:** Ein Land ohne wirtschaftspolitischen Fehl und Tadel?

**Armingeon:** Die Wachstumsstatistiken führt die Schweiz nicht an. Sie war einmal auf Platz eins der Liste der Länder mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Aber sie fällt in dieser Rangliste kontinuierlich zurück. Andere Länder wachsen deutlich schneller, was auf Probleme bei der Wirtschaftspolitik hindeutet.

**BZ:** Was hemmt?

**Armingeon:** Das Land hat sich unzureichend an die veränderten Verhältnisse in Europa angepasst. Die alten Rezepte der Schweizer Wirtschaftspolitik funktionieren nicht mehr so wie in der Vergangen-

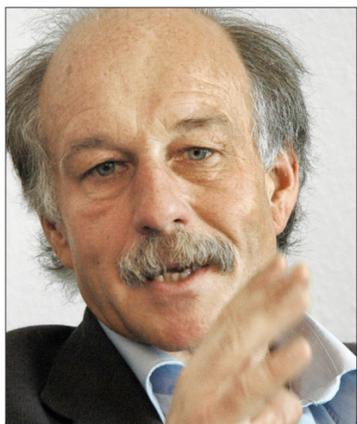
heit. Die Wirtschaftspolitik war sehr pragmatisch, bisweilen hemdsärmelig. Selbst vor Protektionismus hat man nicht zurückgeschreckt. Der Staat schützte vor allem die Unternehmer und nicht die Arbeitnehmer, wie wir es aus den skandinavischen Ländern kennen. Dieser Schutz bezog sich auf jene Branchen, die sich am Binnenmarkt orientieren. Das hat negative Folgen gehabt.

**Landmann:** Die Schweizer Wirtschaft hat eine duale Struktur. Auf der einen Seite stehen die Banken, die Pharmaunternehmen und die Exportindustrie, die auf dem Weltmarkt einem intensiven Wettbewerb ausgesetzt sind. Das ist der Bereich, der in der Schweiz den Wohlstand schafft und das Land in die Lage versetzt, so hohe Löhne zu zahlen, dass Arbeitskräfte angezogen werden. Daneben gibt es den Binnensektor, zu dem zum Beispiel der Handel, die Landwirtschaft oder das Baugewerbe zählen. In diesen Branchen gibt es nach wie vor wenig Auslandskonkurrenz. Entsprechend sind dort die Preise hoch und das Produktivitätswachstum tief.

**Ruetz:** Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates hat in den vergangenen Jahren die Dynamik der Wirtschaft gebremst. Die Aufgaben, die an den Staat herangetragen werden, nehmen laufend zu. Das ist für mich als Liberaler sehr skeptisch. Ansonsten bin ich nicht so pessimistisch. Schauen Sie doch einmal das Verhältnis von guten öffentlichen Dienstleistungen und relativ geringen Steuersätzen an. Das zeichnet die Schweiz im Vergleich mit den umliegenden Ländern nach wie vor aus. Das hat vor allem institutionelle Gründe. Gemeinden und Kantone können über ihre Steuern selbst bestimmen und sie entscheiden darüber, was mit dem Geld gemacht wird. Gleichzeitig sorgt die Vielfalt für Wettbewerb. Wem die Steuern zu hoch sind, kann in eine andere Gemeinde gehen, in der die Steuern niedriger sind.

**BZ:** Der Steuerwettbewerb ist doch nicht fair. Große Städte haben beispielsweise mehr Aufgaben und damit auch höhere Ausgaben als kleine Gemeinden.

**Landmann:** Als unfair beschimpfen den Wettbewerb vor allem jene, die ihn verlieren. Die Kombination von Entscheidungshoheit auf lokaler Ebene und direkter Demokratie ist ohne Zweifel ein Erfolgsrezept. Es macht die Bürger reif, weil sie eigenverantwortlich darüber bestimmen können, welche Preis-Leistungs-Verhältnisse sie von ihrer Gemeinde oder ihrem Kanton bekommen. Es gibt durchaus Volksentscheide, bei denen die Bürger Steuererhöhungen akzeptieren, wenn sie eine entsprechende Gegenleistung dafür sehen. Allerdings entfallen Wohn- und



**Professor Klaus Armingeon** ist Deutscher und arbeitet in der Schweiz. Er ist Leiter des Politikwissenschaftlichen Instituts an der Uni Bern.

Arbeitsort angesichts der Kleinräumigkeit der Schweiz oft nicht auf den gleichen Kanton – siehe Basel. Ein Angestellter arbeitet in der Stadt, nutzt dort die Infrastruktur, zahlt aber seine Steuern im Kanton Basel-Land. Der finanzielle Ausgleich für Zentrumsleistungen muss dann jeweils mühsam erstritten werden.

**BZ:** Solch ein System sorgt doch für un-

gleiche Lebensverhältnisse.

**Armingeon:** Aus deutscher Sicht ist solch eine Form des Föderalismus unverständlich. Der deutsche Föderalismus wiederum ist aus Sicht der Schweizer kein echter Föderalismus, weil er die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse verlangt. Diese Idee ist dem Schweizer wie dem amerikanischen Föderalismus völlig fremd. Die Lebensverhältnisse sollen nicht einheitlich sein. Die kantonale Bevölkerung entscheidet selbst, wie ihre Le-



**Professor Oliver Landmann** ist Schweizer und arbeitet in Deutschland. Er ist Direktor der Abteilung Wirtschaftstheorie an der Uni Freiburg.

bensverhältnisse sind. Es geht nicht an, dass beispielsweise öffentliche Ämter über das ganze Land gleich bezahlt werden. Man akzeptiert, dass es in Genf eine doppelt so hohe Gymnasiastenquote gibt wie in Appenzell. Allerdings übernimmt die direkte Demokratie keine Erziehungsfunktion: Schweizer sind nicht besser politisch informiert als Bürger anderer hoch entwickelter Industriestaaten.

**BZ:** Die Schweiz ist auch als sicherer Hafen für die Steuerflüchtlinge der Welt bekannt – siehe Michael Schumacher. Die handeln einen Pauschal tarif mit der Gemeinde aus, der ihnen eine Steuerersparnis in Millionenhöhe bringt.

**Ruetz:** Die Gemeinde gewinnt – auch wenn die Steuerzahlung im Vergleich zu der, die der Mann oder die Frau, in ihrem Heimatland zu leisten hätten, gering ist. Der Sinn von Steuerwettbewerb ist doch Kapital anzuziehen.

**BZ:** Aber die Steuerbehörde des Heimatlandes ist der Verlierer.

**Ruetz:** Das ist doch nicht das Problem der Gemeinde, sondern das des Heimatlandes. Es besteuert so hoch, dass sich der Mann oder die Frau gezwungen sieht, das Land zu verlassen.

**Armingeon:** Es ist das Recht jedes nationalen Systems, festzulegen, nach welchen Prinzipien Steuern erhoben werden. Wenn man eine Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse anstrebt, dann wird einem das Schweizer System sicherlich bitter aufstoßen. Allerdings rennen die Schweizer nicht dem niedrigsten Steuersatz hinterher. Die Schweizer sind lange nicht so mobil wie die Amerikaner. Was viel

wichtiger für das System ist: Die Bürger können ihre Angelegenheiten selber regeln. Man entscheidet zum Beispiel selbst, welches Maß an öffentlichen Dienstleistungen gewünscht wird. Natürlich gibt es da Spannungen. Aber die Schweiz hat diese Konflikte friedlich gelöst. Es geht nicht nur um einen liberalen Markt mit möglichst viel Wettbewerb, sondern auch um Kon-

# Die Schweiz –

sens, Sozialpartnerschaft und die Schaffung lokaler Identitäten. Auch das sind Stützen des Schweizer Erfolgs.

**BZ:** Als die Swissair ihre Interkontinentalflüge aus Genf und nach Zürich abzog, gab es in der Französisch sprechenden Schweiz massive Proteste. Ist hinter der heilen Fassade das Mauerwerk brüchig?

**Armingeon:** Dieser Konflikt ist nicht der einzige zwischen Zürich und Genf. Es gibt in der Schweiz unterschiedliche politische Kulturen. Die Westschweiz billigt dem Staat traditionell eine größere Rolle zu als die Deutschschweiz. Wie lange das gut geht, ist eine andere Frage. Die Schweiz ist bislang durch Glück und Verdienst von großen Herausforderungen verschont geblieben. Sie hat nie die großen Probleme zu bewältigen gehabt wie beispielsweise Frankreich oder Deutschland – sowohl ökonomisch wie politisch.

**BZ:** Die neuen Herausforderungen sind da – globalisierte Wirtschaft, demographische Entwicklung. Das Schweizer Modell – zum Untergang verdammt?

**Landmann:** Überall dort, wo es nationalen Koordinationsbedarf gibt, wird die kleinräumige Struktur zum Handicap. Zum Beispiel bei der Frage: „Wer macht welche Spitzenmedizin?“ oder „Wie koordiniere ich sehr unterschiedliche Schulsysteme?“. Andererseits bietet diese Dezentralisierung auch einen Minderheitenschutz. Es wird weniger von oben an-

befürwortet das nicht. Ich bevorzuge Experimente in vielen kleinen Einheiten. Fehler verursachen so geringere Schäden, als wenn eine zentrale Einheit den falschen Weg einschlägt.

**BZ:** Deutschland übernimmt die direkte Demokratie und das Schweizer Föderalismusmodell und alles wird gut?

**Armingeon:** Man kann es nicht einfach übernehmen. Direkte Demokratie muss

in einen bestimmten institutionellen und kulturellen Kontext eingebettet sein. Was in dem einen Kontext funktioniert, kann im anderen katastrophale Folgen haben. Sie brauchen zum Beispiel Regeln, damit keine Diktatur der Mehrheit entsteht. Alle referendumsfähigen Kräfte wurden in der Schweiz frühzeitig in die Politik eingebunden. Die Eliten sind in der Schweiz zum Konsens gezwungen.

**Ruetz:** Die direkte Demokratie lässt sich nicht einfach exportieren. Sie benötigt eine gewachsene politische Kultur. Wenn man die direkte Demokratie einführen will, dann muss man auf lokaler Ebene

anfangen. Und die Bürger sollten dabei auch etwas zu entscheiden haben, vor allem welche und wie viel Steuern sie zu zahlen haben.

**Landmann:** Hätte Deutschland eine direkte Demokratie, wäre der Euro nicht gekommen. Was die direkte Demokratie der Schweiz beschert, ist eine Art permanenter große Koalition. Man muss Lösungen finden, die konsensfähig sind, die einem Volksentscheid standhalten. Und man weiß, dass man langfristig zusammenarbeiten muss. Das ist in der großen Koalition in der Bundesrepublik nicht der Fall. Dort besteht ein hoher Anreiz bei den Beteiligten, sich so zu positionieren, dass man nach der nächsten Wahl wieder ohne den gegenwärtigen Partner regieren kann.

den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen vorbei verordnet. Insgesamt mag das System im Verbund mit der direkten Demokratie Entscheidungsprozesse etwas verlangsamen. Aber Langsamkeit kann auch ein Vorteil sein: Das Risiko, dass man zu schnell in falsche Richtungen schießt, ist geringer.

**Armingeon:** Diese Langsamkeit beinhaltet auch die Chance, von anderen intelligent lernen zu können.

**Ruetz:** Es gibt schon Kräfte, die auf eine stärkere Zentralisierung hinarbeiten. Ich

# Vorbild für Deutschland?

## Beteiligung wird groß geschrieben

Föderalismus und direkte Demokratie haben das Land geprägt

„Das ist von Kanton zu Kanton verschieden“ ist ein geflügeltes Wort in der Schweiz – und es trifft den Kern des Schweizer **Föderalismus**. Das politische System ist von unten nach oben aufgebaut, die Kompetenzen der Regierung (Bundesrat) in Bern sind eng begrenzt (vornehmlich Außen- und Sicherheitspolitik). Entsprechend der Kompetenzverteilung fließen die meisten Steuern in die Kassen der Gemeinden und Kantone.

Charakteristisch ist zudem die **direkte Demokratie**, die unmittelbare Beteiligung der Bürger an politischen

Entscheidungen. Neben den Wahlen zu den Parlamenten haben die Bürger auf allen drei Ebenen die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Die eine Möglichkeit ist das **Referendum** gegen einen Parlamentsbeschluss. Nötig für das Zustandekommen sind auf Bundesebene 50 000 Unterschriften, bei einer Verfassungsänderung ist ein Referendum vorgeschrieben. Kommt ein Referendum zustande, muss darüber an der Urne abgestimmt werden. Das gilt auch für eine **Volksinitiative**. Dabei handelt es sich um einen Gesetzesentwurf, der von einer Gruppe von Bürgern vorgelegt wird. Damit er dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird, müssen ihn auf Bundesebene 100 000 Schweizerinnen und Schweizer per Un-

terschrift unterstützen. Wird die Initiative angenommen, erhält das Gesetz Verfassungsrang, weil es direkter Ausdruck des Volkswillens. Je einmal pro Quartal ist ein **Abstimmungswochenende**. Dabei werden stets nationale, kantonale und kommunale Vorlagen vorgelegt.

Das führt regelmäßig zu starken Polarisierungen. Als Gegengewicht regieren in den Kantonen (direkt gewählt) wie im Bund (Wahl durch das Parlament nach einem festgelegten Proporz) große Koalitionen. Deshalb gilt die Schweiz auch als **Konsensdemokratie**. In Bern gehörten über Jahrzehnte der Regierung je zwei Minister der Sozialdemokraten, des Freisinns (FDP) und der christlichen CVP sowie ein Minister der bäuerlichen SVP an. Vor knapp vier Jahren hat die CVP einen Sitz an die SVP verloren. *fs*

**Vielfältig wie das Land, aus dem es stammt: das Schweizer Offiziersmesser.**

## Drei Säulen

Die Altersvorsorge in der Schweiz

Die Altersvorsorge basiert auf dem Dreisäulenkonzept: Gemeint ist die Kombination aus staatlichen, betrieblichen und privaten Leistungen. Die private, freiwillige Vorsorge der Bürger, die dritte Säule, ist seit 1972 in der Bundesverfassung verankert.

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), für die alle Erwerbstätigen Beiträge zahlen müssen, dient der Existenzsicherung. Der Beitragssatz liegt bei 10,1 Prozent des Bruttolohns. Die Mindestrente beträgt 1105 Franken pro Monat, die Höchstrente 2210 Franken. Die AHV ist eine Umlageversicherung wie die staatliche Rente in Deutschland. Über die AHV wird der soziale Ausgleich hergestellt: Alle zahlen den gleichen Beitragssatz, die Zahlungen im Alter haben aber eine Höchstgrenze. Besserverdienende beziehen dann weniger, als sie Laufe des Berufslebens in die AHV einbezahlt haben.

Die zweite Säule beinhaltet die berufliche Altersvorsorge – auch sie ist Pflicht. Hier zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Beiträge ein. Das Kapital wird in Pensionskassen angespart und verzinst. Die dritte Säule ist freiwillig – aber steuerlich begünstigt. Voll abzugsfähig sind 6365 Franken für Leute, die einer beruflichen Vorsorgeeinrichtung (zweite Säule) angehören, 31824 Franken bei Leuten ohne die zweite Säule. Diese Altersleistungen dürfen frühestens fünf Jahre vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters – bei Männern 65 Jahre, bei Frauen 64 Jahre – in Anspruch genommen werden.

Die Arbeitslosenversicherung wird gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen (Beitragssatz zwei Prozent). Die Krankenversicherung ist Privatsache. Jeder ist jedoch verpflichtet, eine Krankenversicherung abzuschließen. *ad*

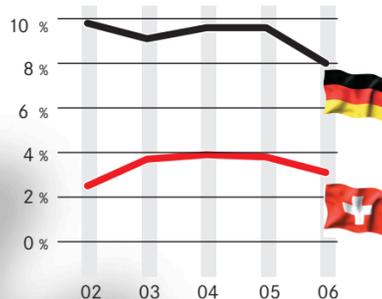
### Erwerbsquote

2005 in Prozent\*

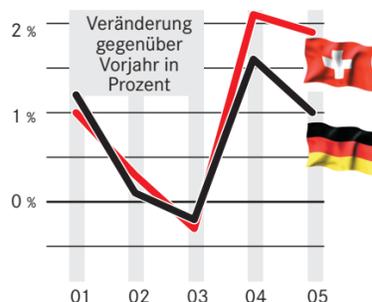


\* Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung

### Arbeitslosenquote



### Bruttoinlandsprodukt



## Vielfalt auf engstem Raum

In der Schweiz unterscheidet sich die Steuerbelastung von Gemeinde zu Gemeinde

Claudia C. will nach Basel umziehen. Täglich fährt sie von Freiburg zu ihrem Arbeitsplatz ins Zentrum der Schweizer Stadt. Das kostet Geld und Zeit. Jetzt steht die Angestellte vor der Wahl. Wohnung in Basel-Stadt oder im Kanton Basel-Land?

Träfe sie ihre Entscheidung nach steuerlichen Gesichtspunkten, bräuchte die Frau nicht lange zu überlegen: Der Kanton Basel-Land verlangt weniger Steuern als der Kanton Basel-Stadt. Das zeigen Berechnungen der Kanzlei Vischer MTI und

der BWS Graf von Westfalen Busch & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft: Ausgangspunkt ist ein Bruttoeinkommen in Höhe von 64 000 Franken (40 000 Euro). Nach Abzug von Freibeträgen ergibt sich für einen Alleinstehenden ein zu versteuerndes Einkommen in Höhe von 54 700 Franken. In Basel-Stadt zahlt er Steuern in Höhe von 9088 Franken, in Muttenz, Kanton Basel-Land, dagegen nur 7557 Franken. In Basel-Land ist Muttenz eine Gemeinde mit mittlerer Belastung, ande-

re Gemeinden haben noch niedrigere Steuertarife. Extremere ist der Unterschied bei einer Familie mit zwei Kindern. Bei einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 51 500 Franken werden in Muttenz Steuern in Höhe von 560 Franken verlangt, in Basel-Stadt 6318 Franken. In Deutschland zahlt ein Alleinstehender mit 40 000 Euro Bruttoeinkommen Steuern in Höhe von 8067 Euro, bei der Familie mit zwei Kindern fallen 1046 Euro an. *bkr*

Illustration: Rita Reiser